ISSN 1027-8303
23. JAHRGANG JULI 2003 FOLGE 97

Neue Argumente

neue.argumente@telering.at

MITTEILUNGEN DER ARBEITSGEMEINSCHAFT JA ZUR UMWELT, NEIN ZUR ATOMENERGIE
KOSTENDECKUNG DURCH SPENDEN

Die Ohnmacht der Anti-Atom-Politik zeigt eine Ohnmacht der Demokratie

Der Grundsatz einer demokratischen Verfassung ist, daß alles Recht vom Volk ausgeht: das Volk gibt die Ziele vor, und die Regierung hat die Aufgabe, mit Hilfe von Experten Wege zu finden, diese zu verwirklichen. So ist es in der Theorie. In der Praxis schaut es heute ganz anders aus: ob Transitverkehr, gentechnikverseuchte Lebensmittel, Sozialabbau, Verschleudern von Staatsvermögen, Temelín, Neutralitätsaushöhlung oder Abfangjäger: Es geschieht nicht mehr das, was die Menschenwünschen, gleich, welche Partei in der Regierung ist, gleich, ob hunderttausende in einem Volksbegehren sich dagegen ausgesprochen haben. Viele Gesetze werden überhaupt nicht mehr auf nationaler Ebene entschieden, sondern von supranationalen Institutionen zweifelhafter demokratischer Legitimation. Als Folge verbreitet sich unter der Bevölkerung Frustration und Resignation. Unsere Demokratie scheint morsch geworden. Da Regierungen und Parteien im allgemeinen nicht dazu neigen, freiwillig von ihrer Macht etwas abzugeben, werden die Bürger selbst darum kämpfen müssen, wenn sie selbst wieder aktiv in die Gestaltung unserer Lebensbedingungen eingreifen wollen.

Ein Beispiel für das Versagen demokratischer Mechanismen ist die Atompolitik. Aller Vernunft zum Hohn gelang es der österreichischen Politik weder, eine Inbetriebnahme des überflüssigen und gefährlichen Atomkraftwerks Temelín zu verhindern, noch den Import von Atomstrom aus Nachbarländern ins österreichische Stromnetz. Auf EU-Ebene gibt es nach wie vor keine verbindlichen Mindeststandards für die Sicherheit von Atomkraftwerken, noch die Verpflichtung zu einer ausreichenden Haftpflichtversicherung für den Fall eines schweren Atomunfalls, von einer Lösung für die Endlagerung des Strahlenmülls ganz zu schweigen. Obwohl eine Mehrheit der EU-Bürger gegen die Atomenergie ist, obwohl sieben der 15 EU-Staaten überhaupt keine Atomkraftwerke haben und weitere vier langfristig aus der Atomenergie aussteigen möchten, wird nun sogar über eine Aufnahme des EURATOM-Vertrages in die neue EU-Verfassung nachgedacht. Dieser Vertrag hat die jahrzehntelange privilegierte Förderung der Atomenergie auf Kosten anderer nachhaltiger Energieformen festgeschrieben, und seine Verankerung in der Verfassung würde eine Fortsetzung der milliardenschweren AKW-Förderung ermöglichen.

Schon im aktuellen EU-Forschungsrahmenprogramm hat die nukleare Forschung mit 1,23 Mrd. Euro wesentlich mehr Geld bekommen als die so dringend nötige Erforschung der Erneuerbaren Energien, für die zusammen mit den Effizienztechnologien nur 830 Mio. Euro zur Verfügung gestellt wurden.[1)]

Demokratiepolitisch skandalös ist es, daß das europäische Parlament die Vergabe dieser riesigen Summen nicht kontrollieren kann. Diese werden vom Rat auf Vorschlag der Kommission beschlossen, und das Parlament darf hier nur zuhören, aber keine Beschlüsse

INHALT

Die Ohnmacht der Anti-Atom-Politik zeigt eine Ohnmacht der Demokratie 1
Die neuen Aktivitäten der ARGE 4
Ansprache des Obmanns 4
Prof. Dr. Tollmann zum 75. Geburtstag 5
Wo ist nur das Geld geblieben 6
Apartheids-Mauer in Israel 6
Kurznachrichten 7

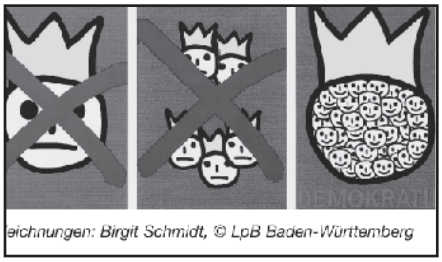
fassen. Somit findet keine demokratische Legitimation solcher Entscheidungen statt, und eine kleine, aber einflußreiche Minderheit von Pro-Atom-Ländern (besonders Großbritannien und Frankreich) bestimmt die energiepolitischen Weichenstellungen für ganz Europa.

Noch immer wird die unverschämte Lüge verbreitet, die Atomenergie sei unverzichtbar für die Energieversorgung. Dabei existiert der Gegenbeweis schon: **das kleine österreichische Bundesland Vorarlberg ist die erste Region Europas, in der schon heute mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen wie Wasserkraft, Biomasse, Biogas und Sonnenlicht erzeugt wird, als insgesamt Strom verbraucht wird! 100 Prozent Ökostrom!** In Deutschland wurden **allein im vergangenen Jahr Windkraftanlagen mit einer Kapazität von mehr als drei durchschnittlichen Atomkraftwerken installiert!** Das muß man sich einmal vorstellen! Solche Fakten sind es, die bei der Atomlobby Panik auslösen, weil sie das Märchen von der unersetzlichen Atomenergie und den ach so teuren unfinanzierbaren kapazitätsschwachen Erneuerbaren Energien wie ein Sturmwind hinwegfegen. Noch ist sich die breite Öffentlichkeit - besonders in den Atomländern - dieser Dinge nicht bewußt. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, könnte irgendwann die öffentliche Meinung kippen und die Atomenergie massiv unter Druck geraten, auch finanziell, weil sie bei wegbrechendem Marktanteil ihre auf Menge kalkulierten "Billigpreise" nicht mehr halten können wird. Doch bekanntlich sind Monster dann am gefährlichsten, wenn sie sich bedroht fühlen. Wo es an guten Argumenten fehlt, wird mit Macht und Willkür kompensiert.

So ist die Atomlobby heute kräftig in der Offensive: in der EU wird mehr Atomstrom denn je produziert. Im vergangenen Jahr waren es 853 Mrd. Megawattstunden, um 7 Mrd. Megawatt mehr als 2001. Damit besteht mehr als ein Drittel der gesamten Strommenge in der EU aus Atomstrom. Spitzenreiter ist Frankreich mit 78 Prozent Atomstromanteil im Netz.[2)]

"Die machen doch sowieso was sie wollen!"

Sehr erfreulich ist es, daß die Umweltorganisation Greenpeace angesichts dieser Lage die Initiative ergriffen hat und ein Volksbegehren für den Ausstieg aus der Atomkraft in Europa organisiert hat, das im vergangenen Juni stattgefunden hat. Zur Überraschung vieler hat es mit nur



Zeichnungen: Birgit Schmidt, © LpB Baden-Württemberg

knapp über 130.000 Unterschriften nur ein sehr enttäuschendes Resultat erbracht. Warum? Sicherlich nicht, weil die Österreicher ihre ablehnende Haltung zur Atomenergie aufgegeben hätten. Die **Leute sind nur völlig frustriert darüber, daß sie immer wieder Volksbegehren unterschrieben haben, und dann IST NICHTS GESCHEHEN**. Die meisten Volksbegehren sind zwar vom Parlament behandelt worden, aber dann in der Schublade gelandet.

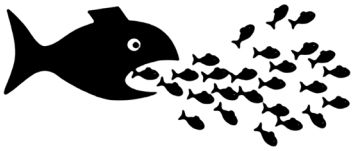
Warum haben die Volksbegehren nichts gebracht? Weil sie mit **keiner Verpflichtung für die Regierung verbunden sind.** Ein Volksbegehren muß ab einer bestimmten Unterschriftenzahl im Parlament "behandelt" werden, aber für die Regierung besteht keinerlei Verpflichtung zur Umsetzung. **Diese Verpflichtung besteht nur bei einer Volksabstimmung**. Da die Regierungen aber ohnehin der Meinung sind, besser zu wissen, was für das Volk gut ist, gibt es Volksabstimmungen nur ausnahmsweise. Seitdem die Kreisky- Regierung mit der Zwentendorf - Abstimmung ein Debakel erlitten hat, gab es nur eine einzige weitere Volksabstimmung: die bezüglich des EU-Beitritts, der sicherheitshalber eine machtvolle Propagandawalze vorausgeschickt wurde, wie sie die Republik noch nicht gesehen.

So darf das Volk zwar begehren so viel und oft es will, aber die Entscheidung darüber, was tatsächlich geschieht, trifft die Regierung. Regierungen, welche die Willenskundgebungen der Bevölkerung so offensichtlich geringschätzen, untergraben damit die Demokratie. Heute werden ohnehin viele Entscheidungen nicht mehr im eigenen Land, sondern weit weg in Brüssel von der EU-Kommission getroffen - und selbst die kann immer noch von der WTO gemaßregelt werden, wenn zum Beispiel das **EU-Importverbot von amerikanischem Gentech-Nahrungsmitteln** als "wettbewerbswidrig" aufgehoben werden müßte, wie es jetzt droht. Hier zeigt die Globalisierung ihre zutiefst undemokratische Fratze. Bei den Menschen entsteht ein politisches Ohnmachtsgefühl. Die typischen Reaktionen sind: "Da kamma doch nix machen!" "Die machen sowieso was sie wolln! "Ich unterschreibe nie wieder etwas!" "Das bringt doch nichts!"

Die Gestaltung seines Lebensraums ist ein Grundbedürfnis des Menschen

Es ist ein Grundbedürfnis des Menschen, sich zu ÄUSSERN. Nicht nur in der Sprache, sondern auch in Taten. Das, was als Keim in ihm steckt, zu entwickeln. Das Talent zur Fertigkeit und die Möglichkeit zur Wirklichkeit zu bringen. Nur ein

Mensch, der seine Umwelt gestalten und bereichern kann, ist ein glücklicher Mensch. Schon wenn Kinder in der Sandkiste eine Burg bauen, oder in einem Bach mit Steinen den Lauf des Wassers umleiten , ist das ein spielerisches Einüben von Umwelt- und Lebensgestaltung, und ein Auskosten des daraus entstehenden Glücksgefühls und Selbstbewußtseins. Ein Mensch, dem in autoritären Verhältnissen alles immer nur vorgegeben, jede Eigeninitiative verleidet und die Möglichkeit zur freien Selbstentfaltung genommen wird, wird unglücklich und krank. Die Energie, die keinen Weg der Entäußerung ins Konstruktive findet, kann sich auch ins Zerstörerische wandeln. Was für den Einzelnen gilt, gilt auchfür die Gesellschaft: wenn den Menschen mehr und mehr die Möglichkeit genommen wird, ihren eigenen Lebensraum zu gestalten, führt das zu Frustration und Resignation, dem idealen Nährboden für Radikalisierung, totalitäre Tendenzen, Aggressivität und Unmenschlichkeit.

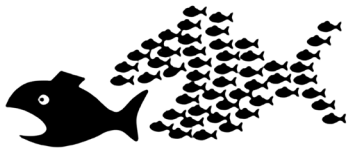


Was können wir tun?

Das Fundament der Demokratie liegt in kleinen geographischen Einheiten. Wenn die Demokratie nicht auf den Ebenen von Gemeinde, Bundesland oder Nationalstaat funktioniert, wird sie auch auf supranationaler Ebene versagen. Die EU hat diese innerstaatlichen demokratischen Strukturen geschwächt, ohne irgend etwas Gleichwertiges aufgebaut zu haben, ganz im Gegenteil. Ein humanes, demokratisches Europa kann es nur geben, wenn die **Bürgerrechte im regionalen und nationalen Bereich wesentlich gestärkt werden**. Wenn Bürger einmal mit der Politik der Gemeinde oder der Regierung nicht einverstanden sind, müssen sie die Möglichkeit bekommen, selbst politische Anliegen durchsetzen zu können. Folgende gesetzliche Rahmenbedingungen sind erforderlich und werden im laufenden **Bürgerrechts-Volksbegehren** gefordert:

- Unterschriften für ein Volksbegehren müssen unbürokratisch gesammelt werden können.
- Die Anliegen von Volksbegehren dürfen keiner inhaltlichen Einschränkung unterliegen.
- Volksbegehren, die über 100.000 Unterschriften erreichen, MÜSSEN einer Volksabstimmung unterzogen werden, und deren Ergebnis MUSS von der Regierung umgesetzt werden.

Österreich steht jetzt eine **Klage Tschechiens vor der EU wegen seines Importverbots für tschechischen Atomstrom** ins Haus. "Wettbewerbswidrigkeit" heißt der drohende Schuldspruch, der Bannstrahl der modernen Inquisition. Wenn die EU jahrzehntelang die Atomenergie völlig willkürlich gegenüber anderen Energieformen durch EURATOM privilegiert hat, und diesen Sonderstatus nun sogar im Verfassungsrang zementieren möchte, nennt man das zukunftsweisende Energiepolitik, aber wenn Österreich so frei ist, die Atomenergie, die es durch EURATOM mitzufinanzieren gezwungen ist, wenigstens nicht zu importieren, so ist das ein Verstoß gegen den freien Wettbewerb. Wie sagt schon ein lateinisches Sprichwort: Was dem Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen noch lange nicht erlaubt. So kann es uns passieren, daß wir demnächst den Temelin-Strom hineingestopft bekommen, ob uns das paßt oder nicht. Und die Lawine des luftverpestenden ohrenbetäubenden LKW-Transitverkehrs wird auch ungehindert zunehmen. So kann es doch nicht weitergehen! Es ist wichtig, zu begreifen, daß sämtliche Anliegen von diesem Demokratieverlust betroffen sind, ob es sich nun um Tierschutz, Umweltschutz, Sozialabbau oder Neutralitätsbewahrung etc. handelt. Das Bürgerrechts-Volksbegehren setzt den Hebel an einem Punkt an, der über Gedeih und Verderb **sämtlicher zivilgesellschaftlicher Anliegen** bestimmt. Wir rufen daher alle Einzelpersonen, Bürgerinitiativen, Interessensvertretungen auf, das Volksbegehren für mehr direkte Demokratie tatkräftig zu unterstützen! Wir machen uns dabei nicht viel Hoffnung, daß das Parlament dieses Volksbegehren eher umsetzt als die vorhergehenden; sondern das Volksbegehren ist nur ein erster Schritt in die richtige Richtung, ein Mittel, um dieses wichtige **Thema in die Öffentlichkeit zu bringen**, um irgendwann den Druck der öffentlichen Meinung so groß werden zu lassen, daß die Politik sich seiner Umsetzung nicht mehr widersetzen kann.



Mit der Verknüpfung von Volksbegehren und Volksabstimmung - wie es in der Schweiz schon lange erfolgreich praktiziert wird - hat die Bevölkerung ein wirksames Mittel, ihren politischen Willen zur Geltung zu bringen, genau wie es der Begriff Demokratie auch bedeutet. Menschen, die ihre Lebensbedingungen umfassender mitgestalten können, als nur in Bereichen wie Wohnungseinrichtung, Automarke und Urlaubsort, haben ein ganz anderes Lebensgefühl: sie sind glücklichere und zufriedenere Menschen.

Christiane Schmutterer

1) Solarinfos u. Kommentare 6/03
2) Salzburger Nachrichten, 1.7.03

Die neuen Aktivitäten der ARGE JA ZUR UMWELT, NEIN ZUR ATOMENERGIE

In der vergangenen Ausgabe der "Neuen Argumente" haben Sie gelesen, daß wir wegen Personalmangels über eine Auflösung des Vereins nachgedacht haben. Inzwischen haben sich zwei neue Helfer gefunden, und ein langjährig engagierter Mitarbeiter, Herr Ing. Stefan Micko, hat sich bereit erklärt, die Obmannschaft für ein Jahr zu übernehmen, so daß bei der Hauptversammlung am 24. April eine ***vorläufige Weiterführung des Vereins*** *beschlossen werden konnte. Von der Pro-Forma-Besetzung der Vereinsfunktionen bis zu einer aktivistischen Arbeitsgemeinschaft, wie es unser Name ja bedeutet, ist es allerdings noch ein weiter Weg, und wir sind* ***nach wie vor auf der Suche nach Menschen, die nicht nur Funktionen übernehmen, sondern sich auch aktiv einbringen wollen.*** *Ob das gelingt, wird entscheidend für den Weiterbestand der ARGE über das heurige 25-Jahr-Jubiläum der Zwentendorf-Abstimmung hinaus sein.*

*Wir haben auch Kontakte zu anderen Gruppen geknüpft oder vertieft bzw. eine Zusammenarbeit in bestimmten Anliegen vereinbart, so mit der "****Initiative Heimat und Umwelt****" und mit der "****Initiative für mehr direkte Demokratie****", die beide Trägerorganisationen das Bürgerrechts-Volksbegehrens sind, über welches wir schon einige Male hier berichtet haben. Viele unserer Leser erhalten die Zeitung dieser Initiative,* ***den "Bürgerbrief", zum Kennenlernen in dieser Ausgabe eingeheftet*** *(ausgenommen jene Leser, von denen wir schon lange kein "Lebenszeichen" mehr erhalten haben, wie Stellungnahmen, Teilnahme an Unterschriftenaktionen, Spenden etc...Wenn Sie die Zeitung weiter bekommen möchten, geben Sie uns bitte ein Zeichen).*

Wir möchten uns auch an dieser Stelle für all die ermutigenden und ratgebenden Anrufe und Briefe unserer Leser bedanken. Ihre Reaktion ist wichtig! Gerade in Zeiten, wo wir immer wieder mal daran zweifeln, ob all der Aufwand und die Arbeit denn auch tatsächlich einen Sinn hat. Dank auch all jenen, die seit vielen Jahren durch ihre Spenden diese Zeitung überhaupt erst ermöglichen. Liebe Leser, denken Sie immer wieder daran: diese Zeitung ist einzig und allein IHRE Zeitung. Es ist nicht die Zeitung irgendeines Medienkonzerns, der damit seine eigenen finanziellen und politischen Absichten verfolgt. Die "Neuen Argumente" werden einzig von IHNEN finanziert (sie haben nie eine Förderung erhalten) und für SIE geschrieben; und es liegt in IHRER Hand, wie sie damit umgehen, ob Sie die Inhalte weiterverbreiten, ob Sie uns selbst Unterlagen oder Artikel zum Veröffentlichen schicken; ob sie die Zeitung eher nur "konsumieren" oder ob sie als Konsequenz zu Taten schreiten, allein oder mit Gleichgesinnten. Denn das ist der Sinn und Rechtfertigung aller Worte, daß sie in die Taten wirken.

Der neue Vorstand der ARGE:

Obmann: Ing. Stefan Micko
Obm.-Stv.: Inge Rauscher
Schriftführerin:
Christiane Schmutterer
Stv.: Dkfm. Rudolf Sladky
Kassier: Helmut Schedl
Stv.: Ing. Uwe Schmutterer
Rechnungsprüferin:
Ingeborg Mann
Stv.: Prof. Tobias Kühne.
Beiräte: HR Dr. Erich Czwiertnia,
Adolf Ursprunger

Ansprache des neuen Obmanns Ing. Stefan Micko

Als neuer Obmann begrüße ich die Mitglieder der ARGE Ja zur Umwelt, Nein zur Atomenergie und die Leser der Neuen Argumente. Darf ich nun um Ihre Aufmerksamkeit und danach um Ihre Reaktion bitten?

In der letzten Folge der Neuen Argumente haben Sie über die schwierige Lage des Vereins gelesen. In der verhältnismäßig kurzen Zeit seit der Erklärung des bisherigen Obmanns über seinen unwiderruflichen Rücktritt haben vor allem Frau Schmutterer und ich versucht, einen neuen Vorstand zu "basteln", insbesondere aber eine bekannte und geeignete Persönlichkeit für die Obmannstelle zu gewinnen. Leider ist das nicht gelungen.

So bin ich gebeten worden, die Obmannschaft zu übernehmen. Ich erkläre mich hierzu bereit, um der ARGE aus einer Notlage zu helfen, muß aber einige Einschränkungen machen und will gleich neue Ziele vorgeben:

1) diese Stelle nehme ich nur für ein Jahr bzw. bis zu einer allfälligen vorher einberufenen außerordentlichen Hauptversammlung an.

2) Meine Arbeitskraft steht nur beschränkt zur Verfügung, da ich bereits 70 Jahre alt bin und sowie-

so mit meiner bisherigen Arbeit voll ausgelastet bin.

3) Aus eigenen, aus nahestehenden bzw. aus fremden Kreisen muß eine Arbeitsgruppe gebildet werden, die in Absprache mit dem Vorstand notwendige Schritte zur Verjüngung der Mitarbeiterschaft und der Leserschaft plant und einleitet. Der Verein soll wieder ein in der Öffentlichkeit werkender werden, der nicht nur eine Zeitung herausgibt, sondern der Pressearbeit leistet, Vorträge und Informationstische organisiert und die satzungsmäßigen Ziele mit nahestehenden Gruppen in Österreich und/oder Ausland auch politisch (nicht parteipolitisch) verfolgt. Ich warte auf die Initiative aus Mitglieder- oder Leserkreisen, der Obmann hilft dann mit.

Für dieses mein Amtsjahr steht uns ein bedeutender Merkstein bevor: 25 Jahre Zwentendorf-Volksabstimmung seit dem 5.11.1978

Wir haben beschlossen, einige Tage vor dem Jahrestag, am ***Nationalfeiertag, Sonntag, 26. Oktober 2003****, eine gemeinsame "****Pilgerreise****", mit Fahrrad oder Bus zu unternehmen:* ***vom Kraftwerk Zwentendorf aus - das wir symbolisch für die Atomenergie hinter uns lassen****- besuchen wir Orte im Tullnerfeld, wo bessere, alternative Energieformen bereits genutzt werden und wo auf anschauliche u. unterhaltsame Weise* ***der Einzug in das nach-atomare Zeitalter thematisiert wird.*** *Diese "Pilger-Reise" nennen wir "****Von Zwentendorf aus in die Zukunft****". Wer mit dem Bus ‚wandern' will oder muß, melde sich bitte drei Wochen vorher dafür an. Das genaue Programm der Reise drucken wir in der Septemberfolge der "Neuen Argumente" ab. Es wird auch einen Werbefalter geben.*

Zur Einläutung des Jahrestages wird am Samstag, dem 25. 10. eine auch für Medien zugängliche Gesprächsplattform mit fachkundigen und bekannten Personen aufgestellt - Ort und Zusammensetzung sind noch ungewiß.

Mit der Bitte um Ihr Tätigwerden und mit freundlichem Gruß

Stefan Micko

Univ.-Prof. Dr. Alexander Tollmann zum 75. Geburtstag

Wir beglückwünschen unseren Ehrenobmann, Gründer der "ARGE Nein zu Zwentendorf" und der Vierteljahreszeitschrift "Neue Argumente", Mitbegründer der Grünbewegung, den aufrechten Kämpfer gegen den Atomwahnsinn und für eine lebenswerte Welt, recht herzlich zu seinem kürzlich begangenen 75. Geburtstag.

Geologe und Paläontologe aus Leidenschaft, war er von 1972 bis 1984 Ordinarius des geologischen Instituts an der Universität Wien. Seine Erkenntnisse betreffen u.a. die Überschiebungen im Bereich der Alpen, die zunächst im Widerspruch zu der herrschenden Lehre standen, aber später durch Tiefbohrungen bewiesen werden konnten.

Über 200 Publikationen, 12 Bücher, eine siebenbändige Geologie Österreichs, zeugen von seinem regen Geist und fruchtbaren Schaffen gemeinsam mit seiner leider schon verstorbenen Frau Edith, ebenfalls Dozentin der Geologie.

Ganz besondere Verdienste erwarb er sich im Kampf gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf, wo er Menschen im In- und Ausland als die SPEERSPITZE der Anti-Atombewegung ins Bewußtsein eingegangen ist. Auch bei der Aubesetzung zur Verhinderung des Kraftwerks Hainburg kämpfte er wieder engagiert für die Bewahrung des Naturjuwels Donauauen.

1979 gründete er die Zeitschrift "Neue Argumente", leitete sie und schrieb bis spät in die neunziger Jahre fast alle Beiträge, mit denen er bis zu 200.000 Leser fesselte und ihnen aus dem Herzen sprach; viele von ihnen halten uns heute noch die Treue.

Heute ist er ein unermüdlicher Warner vor der menschheitsbedrohenden Gefahr eines Kometeneinschlags von mehr als einem Kilometer Durchmesser. Dadurch könnten Weltbeben ausgelöst werden, denen kein Atomkraftwerk standhielte. Radioaktive Strahlung im Ausmaß eines mehrhundertfachen Tschernobyl wäre die Folge. Prof. Tollmann hat nachgewiesen, daß solche Impakte öfter vorkommen als ursprünglich angenommen. So vergingen zwischen dem Sintflut-Impakt vor 9.500 Jahren und dem vorhergehenden Impakt, welcher ebenfalls verheerende Wirkungen auf die Erde hatte, nur 2.500 Jahre.

Ihnen, sehr geehrter, lieber Herr Professor und Ehrenobmann der ARGE, wünschen wir noch viele Jahre in voller Schaffenskraft und alles, alles Gute!

Im Namen der ARGE, Ihrer treuen Lesergemeinde, Ihren vielen Verehrern und Verehrerinnen

Ihr Dr. Erich Czwiertnia

Verfixt, wo ist nur das Geld geblieben?

Wenn sie zu jenen Leuten gehören, die sich diese Frage auch schon mal gestellt haben, sollten Sie hier weiterlesen. "Die Presse" vom 22.3.03 berichtete im Zusammenhang mit der geplanten Pensionsreform u.a. **"daß ein Einkommen von 100 Euro vor 40 Jahren nur unter Berücksichtigung der Inflationsanpassung heute 500 Euro wert ist, bei Berücksichtigung des Wirtschaftswachstums allerdings 1.800 Euro"**.

Wie kommt es dann aber, daß jemand, der 40 Jahre gearbeitet hat, heute über die Vorstellung einer Verachzehnfachung seines Einkommens in diesem Zeitraum nur müde lächeln kann? Wenn sich die Größe des volkswirtschaftlichen Leistungskuchens in diesem Zeitraum tatsächlich verachzehnfacht hat, wer hat dann den fehlenden Rest verfuttert?! So ganz geheuer war uns das ja nie, von ständig neuen Effizienzsteigerungen in den Produktionsprozessen zu hören, und dann verklickert zu bekommen, daß wir Kroesuse leider über unsere Verhältnisse gelebt hätten und den Gürtel jetzt mal kräftig enger zu schnallen hätten.

Diese Zahlen bedeuten, daß man uns erstens durch die scheinbar objektive Bindung der Gehaltserhöhungen an die Inflationsanpassung im normalen Arbeitsleben alleine mehr als 2/3 unserer erarbeiteten Leistung durch diesen Berechnungs- und Sozialpartnertrick raubte und raubt. **Denn niemand anderer als die arbeitenden Menschen erbringen das "Wirtschaftswachstum".** Wäre dieser von den arbeitenden Menschen erwirtschaftete Reichtum auch ihnen zugeflossen und nicht von den Konzernen und Kapitalbesitzern privat angeeignet, verkonsumiert oder zunehmend mehr auf Börsen eingesetzt worden, sondern in die für die soziale Absicherung vorgesehenen Kassen und Fonds für die Masse der Bevölkerung geflossen, gäbe es jetzt überhaupt kein Finanzierungsproblem, weder in der sozialen Krankenversicherung, noch in der Pensionssicherung.

Würde die **Wertschöpfung** und nicht die Kopfzahl der Beschäftigten (die immer weniger werden aufgrund er Rationalisierungen) als Grundlage der Finanzierung des Sozialsystems herangezogen, gäbe es keine Probleme für uns, aber weniger Profite für die Großen. Weil die ihre Profite erhalten und ausweiten wollen, sollen wir Kleinen bluten.

*(Letzte zwei Absätze geringfügig abgewandelt übernommen aus den "**Mitteilungen der Gewerkschafter gegen Atomenergie**", März 2003.)*

Mehr zu diesem brisanten Thema in der nächsten Ausgabe der "Neuen Argumente"!

Apartheids-Mauer in Israel

Zwischen Israel und dem Westjordanland entsteht derzeit eine 360 Kilometer lange "Sicherheitsmauer", die dreimal so lang und doppelt so hoch ist wie die ehemalige Berliner Mauer. Damit wird ein erheblicher Teil des Westjordanlandes annektiert; die militärischen Pufferzonen um die palästinensischen Bevölkerungszentren werden ausgedehnt und die Bewohner dieser Zonen praktisch in ein offenes Gefängnis gesperrt.

Foto: Women in Black

Wenn die Mauer vom Norden des Westjordanlands bis nach Jerusalem fertig gestellt sein wird, wird Israel über 7 Prozent dieses Gebietes annektiert haben, was 39 völkerrechtswidrig im besetzten Gebiet erbaute Siedlungen mit etwa 270.000 Bewohnern einschließt sowie 290.000 Palästinenser.

Nennenswerte internationale Proteste sind ausgeblieben.

Quelle:www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Nahost/brubacher.html

Jubel bei Atombefürwortern nach dem Flop des Greenpeace-Volksbegehrens

*Liebe Leser: Atombefürworter kommen in den "Neuen Argumenten" normalerweise nicht zu Wort. Diesmal machen wir eine Ausnahme, um Ihnen beispielhaft zu zeigen, welch **euphorischer Jubel** in diesem Lager ausbricht, wenn eine Bevölkerung, die ihre Haltung gegen die Atomenergie 99 Mal zum Ausdruck gebracht hat, aus Resignation beim 100. Mal hinter dem Ofen sitzen bleibt.*

Meinung zum Tag:

Bravo Landsleute!

Bravo, Landsleute, gut gemacht! An inhaltlich abwegigen Volksbegehren nicht teilzunehmen ist der beste Beitrag zur Stärkung der direkten Demokratie und ein Akt des geistigen Umweltschutzes. Die Österreicherinnen und Österreicher haben soeben einen solchen Akt gesetzt: der Flop des von "Greenpeace" lancierten Volksbegehrens für ein "atomfreies Europa" stellt ein Signal der geistigen Selbstbefreiung dar. Die Zeiten, in denen Anti-Nuklear-Agitation beinahe den Status einer Ersatzreligion beanspruchen konnte, sind in unserem Land offensichtlich vorbei. Jetzt kann endlich mit dem absurden Kernenergie-Tabu (samt dem Anti-Temelin-Tamtam) in der österreichischen politischen Diskussion aufgeräumt werden. Übrigens, nach der vernichtenden Niederlage der belgischen Grünen bei den letzten Wahlen hat Louis Michel erklärt, daß die zukünftige belgische Regierung die Entscheidung, ab 2015 aus der Kernkraft auszusteigen, zurücknehmen werde. Begründung: es gebe für Belgien keine ökonomisch und umweltpolitisch vertretbare Alternative zur Stromgewinnung aus Kernenergie. Vor kurzem erklärte die französische Forschungsministerin Haignere bei einem Seminar zur "Wasserstoffwirtschaft" in Brüssel, Frankreich plane den Bau einer "vierten Generation neuartiger und sicherer Kernreaktoren"... als Zwischenlösung für die 30 bis 50 Jahre bis zur Betriebsreife der Fusionsreaktoren. Auf dem gleichen Seminar trat EU-Energiekommissarin Loyola de Palacio energisch dafür ein, der Kernenergie in Europa einen höheren Stellenwert zu geben, um Treibhausgasemissionen zu senken und unsere Versorgungssicherheit zu erhöhen. Und selbst im umweltbewußten Finnland laufen Planungen für den Bau eines neuen KKW. (...)

Thomas Brandtner aus Brüssel (sic!) 28.06.2003, Die Presse S.20

Das sollte uns eine Lehre sein: Nie, nie wieder resignieren! Unterschreiben gehen! Was kostet das schon! Leserbriefe schreiben! Und wenn es nur deshalb ist, das Schlimmste (siehe oben) zu verhindern.

Kurznachrichten

Energiekrise in Japan - 17 riskante AKWs vom Netz genommen

Nach einer Serie von Pannen, Schlampereien und Lügen mußte der größte Stromversorger Japans TEPCO 17 riskante Atomkraftwerke vom Netz nehmen, erst Zweien wurde wieder eine Betriebsbewilligung erteilt. Japans Regierung warnt vor dramatischen Stromsperren, drastische Stromsparmaßnahmen wurden verordnet. Spitäler und Telefongesellschaften rüsten sich mit eigenen Stromaggregaten aus, Betriebe verlegen ihre Arbeitszeit in die Nacht und aufs Wochenende, Klimaanlagen dürfen nicht unter 28 Grad kühlen.

All das ist keine unglückliche Verkettung von Umständen, sondern typisch und charakteristisch für die unselige Allianz von Kapitalismus und Großtechnologie: der finanzielle Druck auf die Betreiber führt zu Vertuschungen über riskante Defekte in den AKWs, denn ein AKW vom Netz zu nehmen, ist finanziell etwas anderes als die Turbine eines Wasser- oder Windkraftwerks zu reparieren. So wird einfach zugewartet. In Japan ist es noch vergleichsweise glimpflich ausgegangen, weil der GAU nur in Gestalt eines öffentlichen Skandals stattgefunden hat.

EU-Parlament: Haftpflicht für AKW und Öltanker

Abgeordnete des EU-Parlaments haben einen Entwurf für verschärfte Regelungen zur Umwelthaftung eingebracht. Die Parlamentarier wollen, daß Betreiber von umweltgefährdenden Anlagen eine Haftpflichtversicherung abschließen müssen, das gilt auch für Schäden aus Öltanker-Unfällen, gentechnisch veränderten Produkten und Atomanlagen. Der Entwurf war heftig umstritten, nur eine knappe Mehrheit hat sich dafür ausgesprochen. Er wird nun den zuständigen Fachministerräten zugeleitet. Am Ende müßten sich die Vertreter der Mitgliedsstaaten und das

Europaparlament auf einen Richtlinientext einigen. *(taz, 15.5.03)*

Noch mehr Atomreaktoren in Tschechien?

Tschechien hat schon derzeit einen beträchtlichen Stromüberschuß. Nun hat das Industrieministerium in einem Entwurf der künftigen Energiepolitik verschiedene Varianten vorgestellt, die eine Ausweitung der Atomenergie um bis zu 8 Reaktoren vorsehen. Das Ministerium favorisiert eine Variante mit "nur" zwei neuen Atomreaktoren in Temelin.

Energie aus Gras - neues Kraftwerk funktioniert wie ein Kuhmagen

In der Schweiz nahe des Rheinfalls von Schaffhausen wird in einem weltweit einmaligen Kraftwerk Energie wie in einem Kuhmagen produziert. Als Rohstoff dient einfaches Gras, welches zunächst durch ein mechanisches Verfahren in seine Einzelteile aufgelöst wird. Aus den Fasern werden Dämmstoffe (2 000 Tonnen pro Jahr), aus den flüssigen Bestandteilen entsteht Biogas, das teils in Strom umgewandelt (1,3 Millionen Kilowattstunden), teils ins öffentliche Gasnetz gespeist wird. Aus der noch verbleibenden Flüssigkeit wird Dünger für die Wiesen, und die Gras-Proteine lassen sich als Kraftfutter vermarkten. **Übrig bleibt nichts.** Ein weiteres Kraftwerk dieser Art von der dreifachen Größe ist nun in der Nähe von Dresden geplant.

www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-Surftipp/grasenergie_1.php

US-Regierung manipuliert Umweltbericht

Die US-Regierung hat aus einem Umweltbericht ihrer eigenen Umweltschutzbehörde EPA alle Warnungen bezüglich der Gesundheits- und **Umweltgefahren durch Klimawandel** streichen lassen. 2002 hatte die US-Regierung den weltweiten Klimawandel erstmals akzeptiert, aber den originellen Vorschlag gemacht, daß sich Menschen, Tiere und Pflanzen an den Klimawandel einfach anpassen sollten.

http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/3508.php

Windkraft in Österreich

Ende 2002 gab es in Österreich164 Windräder, die rund 250 Mio. kWh Strom erzeugten. Im laufenden Jahr sollen 150 Anlagen mit etwa der doppelten Kapazität dazukommen. Insgesamt können dann 300.000 Haushalte mit Windstrom versorgt werden.

http://www.igwindkraft.at/aktuell/h_zahlen.html

Initiative Heimat und Umwelt
3424 Zeiselmauer, Hageng. 5, Tel. 02242-70516

Ungarische EU-Gegner in Österreich

3.-5. Oktober 2003 In Tulln/Donau

Intellektuelle aus Osteuropa haben aus ihrer Geschichte heraus einen sehr hellsichtigen Blick für totalitäre Tendenzen.
Wir haben dort Menschen mit erstaunlichem Hintergrundwissen kennengelernt und sie nach Österreich eingeladen.

Freitag, 3. Oktober
Ab 19 h öffentlicher Diskussionsabend zum Schwerpunkt-Thema "EU-Verfassung"
im "Minoritenkeller" in Tulln direkt an der Donau. Je 2-3 ungarische und österreichische Sprecher

Samstag, 4. Oktober
Politisch-historisches Seminar zum gegenseitigen Wissensaustausch
Kostengünstige Unterkunft (ca. öS 200.-mit Frühstück und günstige Mahlzeiten) in der neuen Tullner Jugendherberge direkt an der Donau

Sonntag, 5. Oktober
Gemeinsamer Ausflug in die Wachau
8:26 Abfahrt Bahnhof Tulln - 8:59 Ankunft Bhf. Krems, Abholung durch Mietbus: Fahrt bis Dürnstein, ca. 3 ½ Stunden Aufenthalt für kleine Wanderung zur Ruine mit Blick übers Donautal. Mittagessen und Weiterfahrt mit Bus nach Melk/Schiffsstation, Abfahrt Schiff 13:50, Ankunft Krems 15:35

VERLAGSPOSTAMT 1200 WIEN
P.b.b. Reg.-Nr. 02 Z032 727M Erscheinungsort Wien

Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an:
1200 Wien, Pasettistr. 89/12

IMPRESSUM
Medieninhaber: "Arbeitsgemeinschaft JA zur Umwelt, NEIN zur Atomenergie", Pasettistr. 89/12,1200 Wien,
Herausgeber: W. HR i. R. Dr. Erich Czwiertnia
Schriftleiterin: Christiane Schmutterer, Pasettistr. 89/12, 1200 Wien, Tel.+Fax 01-332 6106 E-mail: neue.argumente@telering.at
Ehrenobmann: Univ. Prof. Dr. Alexander Tollmann
Obmann: Ing. Stefan Micko
Geschäftsstelle: A-1200 Wien, Pasettistr. 89/12
Bankverbindung: Raikabank Wien, BLZ 32900 Kto. Nr.02.820,678
Grafische Gestaltung: Christiane Schmutterer
Druck: W. Leukauf GmbH, 1220 Wien, Obachg. 10
Namentlich gekennzeichnete Beiträge oder solche, die deutlich als aus anderen Publikationen abgedruckt erkennbar sind, **müssen nicht die Meinung der Schriftleitung darstellen** und liegen nicht in ihrer Verantwortung.